Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1876

23.5.1876 (No. 122)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 23. Mai.

№ 122. Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei. 1876.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 17. Mai d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Kaufmann Dominik Ackermann in Villingen die kleine goldene Verdienstmedaille zu verleihen.

Seine Majestät der Kaiser und König haben mittelst Allerhöchster Kabinetsordre vom 16. d. Mts. Allergnädigst geruht, dem Hauptmann zur Disposition Hassel, zuletzt aggregirt dem 6. Badischen Infanterie-Regiment Nr. 114, den Charakter als Major zu verleihen.

Zugleich wird derselbe mit seiner bisherigen Pension in den Ruhestand versetzt.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† **Berlin**, 20. Mai. Das Herrenhaus nahm heute den Gesetzentwurf betreffs Einführung der Kreisordnung in den Grafschaften Stolberg-Wernigerode und Stolberg bei namentlicher Abstimmung mit 57 gegen 37 Stimmen an, ferner in zweiter Berathung die Reichs-Eisenbahn-Vorlage nach längerer Debatte bei Namensaufruf mit 60 gegen 31 Stimmen. Vorher waren bereits mehrere kleinere Gesetzentwürfe durch Annahme erledigt.

Das Abgeordnetenhaus verwies die Vorlage betreffs der Geldmittel für die Bebra-Friedländer Eisenbahn an die Budgetkommission, demnächst die Vorlage bezüglich Verwaltung der Holzungen in den älteren Provinzen an eine besondere Kommission von 14 Mitgliedern und genehmigte schließlich in dritter Lesung das Gesetz über die Amtssprache nach längerer Debatte gemäß den Beschlüssen der zweiten Lesung.

† **Berlin**, 20. Mai. Der „Reichsanzeiger" ist in der Lage, die Nachricht verschiedener Zeitungen, daß der hiesige türkische Botschafter während der Ministerbesprechungen am 13. Mai sich bei dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des auswärtigen Amtes anmelden ließ, aber nicht empfangen werden konnte, als vollkommen unwahr zu bezeichnen.

Ueber das Leichenbegängniß der ermordeten Konsuln in Salonichi meldet der „Reichsanzeiger", das hierbei beobachtete Cermoniell sei von den Delegirten Deutschlands und Frankreichs mit der türkischen Behörde und den Kommandanten der fremden Kriegsschiffe vorher festgestellt worden; dem militärischen Ehrengeleit der deutschen und französischen Marinetruppen schlossen sich die türkischen Militär- und Zivilbehörden, sowie die Offiziere und Mannschaften sämmtlicher Kriegsschiffe an.

† **Pesth**, 20. Mai. Im Budgetausschuß der Reichsraths-Delegation beantwortet Graf Andrassy bei Gelegenheit der Berathung des Budgets des Aeußern Anfragen bezüglich der orientalischen Angelegenheiten. Unter Bezugnahme auf die im vorigen Jahre gegebene Darlegung der politischen Ziele der Regierung erklärt Graf Andrassy, er könne heute konstatiren, daß der europäische Friede ungestört, die Hintanhaltung weiterer Komplikationen durch Verhinderung der Theilnahme anderer Elemente erreicht sei, daß die vorgeschlagenen Reformen von Europa und der Türkei angenommen und von den Insurgenten freudig begrüßt worden seien, welche letztere nur Garantien für deren Durchführung wünschen. Die gegenwärtige Aktion der Mächte strebe die Durchführung der Reformen und die friedliche Hinwegräumung der Hindernisse an. Der Minister warnt vor dem im Lande herrschenden Pessimismus, der durch die Erfolge der Regierung widerlegt werde. Daß England dem allgemeinen Einverständnisse der europäischen Mächte noch nicht beigetreten sei, liege vielleicht in der durch die Verhältnisse geänderten Form des diplomatischen Verkehrs. Der Redner hegt die private Ueberzeugung, daß wenn die britische Regierung die rein pazifikatorischen Intentionen der Mächte klar vor sich sehe, sie sich dem Einverständnisse anschließen würde. Die Mittheilung des Inhaltes der getroffenen Vereinbarungen sei unmöglich, da deren Mittheilung zunächst an die Pforte gehen müsse. Besonderen moralischen Werth legt der Minister auf die erneuert befestigte Einigkeit der Mächte, darin ihre Bemühungen für die Aufrechthaltung des europäischen Friedens mit aller Energie durchzuführen und in dem festen Entschlusse, sich von Fall zu Fall zu verständigen. Dies sei das Resultat der Zusammenkunft in Berlin. Der Minister lehnt den Vorwurf der Konnivenz gegenüber dem Aufstande bei dessen Beginne ab und übernimmt die volle Verantwortlichkeit für den von ihm allein vertretenen Staatswillen nach außen. Weiterhin spricht sich der Minister entschieden gegen jeden Gedanken einer Okkupation der insurgirten Provinzen aus; Noth thue eine Regeneration durch ihren Verhältnissen angemessene Verbesserungen. In der Berliner Verständigung sieht der Minister den maßgebenden Faktor für den europäischen Frieden. Er übernimmt die volle Verantwortung dafür, daß aus der Situation keine Schädigung der Interessen der Monarchie hervorgehe. Die Mächte seien gesonnen, alle Sonderinteressen bei Seite setzend, die Erhaltung des europäischen Friedens als leitendes Princip in den Vordergrund zu stellen. Ein verbesserter Status quo im Orient sei die Grundlage der Bemühung der Mächte. Der Minister konstatirt, daß Oesterreich-Ungarn keine Feinde habe, mit allen Mächten in den besten Beziehungen stehe, eine brave Armee besitze und als Staat mit 36 Millionen Seelen für den europäischen Frieden eintretend, zuversichtlich dem Erfolge entgegensehen könne.

† **Pest**, 20. Mai. Der „Pester Korresp." zufolge beginnen am 7. Juni in Wien die Konferenzen von Fachmännern der beiderseitigen Finanz- und Handelsministerien behufs endgiltiger Feststellung der Zollsätze. Gleichzeitig werden die Berathungen über die endgiltige Lösung der Bankfrage fortgesetzt.

† **Versailles**, 20. Mai. In der Sitzung der Deputirtenkammer machte der Abg. Castellane dem Minister des Innern anläßlich der Ernennung der Maires den Vorwurf, daß er die Radikalen begünstige. Der Minister Marcère erklärte, daß er die gemäßigte Republik wolle. Der Dep. Bordoux schlug eine Tagesordnung vor, in der gesagt ist, daß die Kammer in der Erklärung des Ministers mit Befriedigung den Ausdruck ihrer eigenen liberalen Politik finde. Diese Tagesordnung wurde mit Einstimmigkeit von 343 votirenden Abgeordneten angenommen. Die Kammer vertagte sich bis Donnerstag.

† **Madrid**, 20. Mai. In der heutigen Sitzung des Senats legte der Ministerpräsident den Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung der Fueros vor. Die Motive des Gesetzes erläuternd erklärte Kanovas del Kastillo, die konstitutionelle Einheit Spaniens dürfte nicht länger in Frage gestellt werden. Der erste Artikel des Entwurfes verpflichtet sämmtliche Provinzen zum Militärdienste. Im zweiten Artikel behält sich die Regierung gewisse Maßregeln für den Fall vor, daß Provinzen das Kontingent verweigern. Der dritte Artikel bestimmt, daß die Provinzen nach ihren Vermögensverhältnissen Steuern zahlen.

† **London**, 10. Mai. Die Plaidoyers in Sachen der „Franconia" sind heute beendigt. Der Gerichtshof behielt sich den Urtheilsspruch vor.

Deutschland.

Berlin, 20. Mai. Der „Köln. Z." wird von hier telegraphisch gemeldet: Hr. Camphausen ist nicht dazu gekommen, ein Entlassungsgesuch als Finanzminister einzureichen; dagegen hat er seinen Entschluß erklärt gehabt, zurückzutreten, falls die Vorlage über die Bahn Halle-Sorau-Guben vom Abgeordnetenhause abgelehnt werde. Das sind Thatsachen, obgleich sie noch heute von den meisten hiesigen Blättern abgeläugnet und für Fabeln erklärt werden. Dagegen ist es eine Fabel, daß Hr. Camphausen vorigen Dienstag ein Entlassungsgesuch eingereicht habe und dasselbe ihm noch am selben Abend vom Kaiser zurückgegeben worden sei. Uebrigens beruht die letztere Nachricht nicht etwa auf leichtsinniger Erfindung, sondern, wie wir dies schon gestern angedeutet haben, auf einem Zusammentreffen verschiedener Umstände, aus denen die angebliche Thatsache mit großer Wahrscheinlichkeit kombinirt wurde. Aber das Wahrscheinliche ist oft nicht wahr. Wir wollen indeß auf diese Frage nicht weiter eingehen, da die ganze Ministerkrisis bereits der Vergangenheit angehört; wir halten unsere Darstellung in allen Theilen aufrecht, namentlich auch, daß Fürst Bismarck ausdrücklich erklärt hat, er denke an keine Veränderung der bisherigen wirthschaftlichen Politik.

Der Beschluß der Justizkommission des Reichstags, die Preßvergehen an die Schwurgerichte zu verweisen, ist in den liberalen parlamentarischen Kreisen mit großer Befriedigung begrüßt worden. Man hat in der Kommission diese Frage als eine nicht technisch-juristische, sondern als eine vorwiegend politische angesehen und deßhalb auch nicht viel darüber debattirt. Man ging von der Ansicht aus, daß diese Frage am besten durch den Reichstag würde entschieden werden können. Die Regierungskommissäre erklärten sich gegen die Majorität der Kommission, doch hofft die letztere, daß die Regierung schließlich in diesem Punkte nachgeben werde.

Fürst Bismarck hatte die Absicht, sich heute oder morgen auf einige Tage nach Lauenburg zu begeben. Eine Theilnahme des Fürsten an den nächsten parlamentarischen Verhandlungen wird nicht erwartet.

Der General-Feldmarschall Graf v. Moltke ist am 19. Mai mit dem Kurierzug aus Lindau in Dresden angekommen und nach einstündigem Aufenthalt auf dem dortigen böhmischen Bahnhofe nach Görlitz und seinen schlesischen Besitzungen weiter gereist.

♂ **Berlin**, 21. Mai. Es wird in auswärtigen Blättern auffallend gefunden, daß die hiesige Regierungspresse so wenig über die Beitrittserklärungen zu dem Memorandum der drei Kaisermächte mitzutheilen weiß. Zum Theil hat dies seinen Grund in rein geschäftlichen Verhältnissen. Nachdem den drei westlichen Mächten über den Inhalt der Konferenzbeschlüsse die vertrauliche Mittheilung gemacht wurde, wird es sich für die drei Kaisermächte zunächst darum gehandelt haben, über die formelle Redaktion der Note an die Pforte zu einer gemeinsamen Verständigung zu gelangen, welche den übrigen Kabinetten in offizieller Weise zu übermitteln wäre. Bevor nicht dieser zweite Schritt geschehen, sagt man aus, könne die Formulirung der identischen Note an die türkische Regierung um so weniger erfolgen, als sich England noch nicht über den ersten Schritt, nämlich über den Beitritt zu den Konferenzbeschlüssen auf diplomatischem Wege erklärt hat. Abgesehen davon behaupten Personen, welche der hiesigen englischen Botschaft nahe stehen, daß sich England überhaupt noch nicht in der Lage befinde, eine ablehnende Antwort zu ertheilen, weil in der Foreign Office nichts mehr als die Abschrift jenes Memorandums der Konferenz vorliegt, welche Lord Odo Russel ad referendum genommen hat. Wie der Geschäftsgang, den die Angelegenheit zu durchlaufen hat, auch betrachtet werde, so wird kaum vor Ablauf von 8 Tagen eine definitive Feststellung der Note erfolgen. Vorher werden selbstverständlich weder bei der Pforte, noch bei den Insurgenten offizielle Schritte im Sinne der Konferenzbeschlüsse erfolgen. Dies empfiehlt sich um so mehr, als die Geschwader sämmtlicher Garantiemächte erst in diesem Zeitraum sich in den türkischen Gewässern versammeln, um den Vorschlägen der drei nordischen Kabinette den nöthigen Nachdruck zu geben.

Dem Vernehmen nach wird in diesem Augenblick Seitens der russischen Regierung ein Memoire ausgearbeitet, welches sich in mehr akademischer Weise über die völkerrechtliche Tragweite der Anerkennung der bosnisch-herzegowinischen Insurgenten als kriegführende Macht verbreitet. Bekanntlich wird diese Frage in der diplomatischen Welt gegenwärtig vielfach ventilirt. Am wenigsten wird England in der Lage sein, gegen jene Maßregel Einspruch zu erheben, da es bekanntlich während des amerikanischen Secessionskrieges, ungeachtet des Widerspruchs der Vereinigten Staaten, die Südstaaten als kriegführende Macht anerkannt und behandelt hat.

Morgen sticht das deutsche Geschwader in See, welches bestimmt ist, unserer Politik im Orient die gebührende Autorität zu verschaffen. Bei dem Schauspiele werden sich aus allen Theilen Deutschlands zahlreiche Zuschauer einfinden, wozu die Reichshauptstand ein nicht unbedeutendes Kontingent stellen wird, wie die heutige Frequenz auf der Berlin-Hamburger Bahn zeigt.

▯ **Berlin**, 21. Mai. Gestern Abend ist J. K. H. die Prinzessin Charlotte, älteste Tochter der Kronprinzlichen Herrschaften, von ihrem mehrwöchentlichen Aufenthalte in England wieder bei ihren erlauchten Eltern im Neuen Palais eingetroffen. — Die schon erwähnte Sitzung, zu welcher das Staatsministerium sich am Freitag vereinigte, fand im Konferenzzimmer des Abgeordnetenhauses statt. In derselben führte der Reichskanzler und Ministerpräsident Fürst v. Bismarck den Vorsitz. Sehr bestimmten Versicherungen nach sind bei dieser Berathung die Fragen wegen des Verhältnisses zwischen der preußischen Staatsregierung und der deutschen Reichsregierung, sowie wegen der Ernennung des Staatssekretärs v. Bülow und des neuen Reichskanzleramts-Präsidenten Hofmann zu stimmberechtigten Mitgliedern des preußischen Staatsministeriums eingehend erörtert und zum Austrag gebracht worden. Die bezeichneten beiden Ernennungen werden in nahe Aussicht gestellt. — Von dem Statistischen Reichsamte sind die vorläufigen Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1875 veröffentlicht worden. Darnach stellte sich die ortsanwesende Gesammtbevölkerung des Deutschen Reiches auf 42,757,812 Köpfe gegen 41,058,792 am 1. Dezember 1871 mit Einschluß der damals in Frankreich befindlichen deutschen Truppen. Die Zunahme betrug also 1,699,020 Personen, d. i. im Durchschnitt jährlich 1,01 Prozent der mittleren Bevölkerungszahl. In den vier Jahren von 1867 bis 1871 hat die Vermehrung nur 951,617 Personen, oder im jährlichen Durchschnitt 0,58 Prozent betragen. Günstige Geburts- und Sterblichkeitsverhältnisse, sowie namentlich auch eine bedeutende Abnahme der Auswanderung erklären den neueren Gesammtzuwachs.

H. **München**, 20. Mai. Der Großfürst Michael von Rußland, Statthalter im Kaukasus, ist mit Familie und großem Gefolge heute früh von Wien hier angekommen und am Bahnhofe vom russischen Gesandtschaftspersonal empfangen worden. Nach eingenommenem Frühstück setzten die hohen Herrschaften die Reise nach Stuttgart fort.

Oesterreichische Monarchie.

≌ **Wien**, 19. Mai. Die Ansprachen des Kaisers an die Delegationen haben die Situation zugleich geklärt und erleichtert. Die Worte aus solchem Munde haben die letzten Zweifel an der Festigkeit des Dreikaiser-Bündnisses und die letzten Besorgnisse einer europäischen Konflagration bannen müssen und sie werden auch, sofern sie klar betonen, daß die Insurrektion dort, wo ihre Forderungen aus dem Rahmen der von der Pforte zugesagten Reformen heraustreten, nichts

zu hoffen haben, speziell für die Pazifikation des Orients nicht verloren sein. Gleichwohl wird nichts versäumt, das Wort nöthigenfalls in die That zu übersetzen und so eben erst ist die Ordre ergangen, den schon in Dienst gestellten fünf Kriegsschiffen noch ein sechstes nachzusenden.

Im Hotel „Impérial" wohnen seit gestern der Kronprinz und die Kronprinzessin von Dänemark auf der Rückreise aus Italien nach Kopenhagen. Sie sind im strengen Incognito hier.

In Pesth umlaufende Gerüchte von einem gegen Kaiser Franz Joseph beabsichtigten Attentat haben sich nach sorgsamer Nachforschung als grundlos herausgestellt.

Frankreich.

♁ **Versailles**, 19. Mai. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Zum Protokoll erklärt Justizminister Dufaure einige gestern von Hrn. Raspail Vater vorgebrachte Angaben, die er nicht recht verstanden hatte, für unrichtig, namentlich sei es nicht wahr, daß die Gefängnißaufseher aus den Verurtheilten rekrutirt würden. Es sei dies eine ganz aus der Luft gegriffene Verunglimpfung eines ehrenwerthen Standes, dessen Mitglieder vielmehr, sei es der Armee oder den achtbarsten Kreisen der Zivilbevölkerung entlehnt würden. Hr. Benjamin Raspail entgegnet (in Vertretung seines Vaters), so allgemeine Versicherungen könnten ihn nicht überzeugen und es wäre vielleicht eine Enquête am Platze. Uebrigens hätte man gestern seinen Vater beständig unterbrochen. Ein anderes Mitglied des Hauses, welches erst kürzlich zum Franzosen naturalisirt worden sei und daher vielleicht noch nicht französische Sitten kenne, hätte z. B. gesagt, daß das Alter keinen Anspruch auf Achtung habe. Hr. Robert Mitchell, der sich durch diese Bemerkungen getroffen fühlte, entgegnete: Nicht ich, sondern Hr. Raspail selbst, ist durch das traurige Schauspiel, welches er der Commune gegeben, seiner eigenen Würde nahe getreten. Präsident Grévy. Solche Ausdrücke sollten nie auf die Tribüne gebracht werden. (Beifall links.) Hr. Robert Mitchell. Auch bin ich kein Franzose von jungem Datum und im Uebrigen verweise ich nur auf die Rede des Hrn. Raspail, in welcher man eine Apologie der preußischen Armee auf Kosten der französischen finden kann. (Unruhe.) Der Zwischenfall ist geschlossen. Hr. Gatineau zieht bis auf Weiteres seinen auf die Einstellung der Verfolgung wegen Communevergehen gerichteten Antrag zurück. Die Debatte über die Amnestieanträge wird nun wieder aufgenommen. Hr. Margue (der erste Redner der äußersten Linken in dieser Debatte), Abgeordneter des Departements Saône-et-Loire, eines der fähigsten neu eingetretenen Mitglieder der Partei, entwickelt seinen Antrag, demzufolge sich die Amnestie auf alle Vergehen von offenbar politischem Charakter erstrecken soll. Er bemüht sich namentlich die Besorgnisse zu zerstreuen, als ob die Amnestie auf dem flachen Lande übel aufgenommen werden könnte; wenn sie von so gemäßigten Männern ausginge, wie die Mehrheit dieses Hauses, könnte sie Niemand in Frankreich erschrecken. Nachdem Redner einige von seinen Vorgängern beigebrachte Argumente wiederholt, schließt er: Was die Definition der politischen Verbrechen und Vergehen betrifft, darf man sich nicht zu enge an die politische Auffassung halten. Eine Kommission würde an der Hand der Ueberlieferung und des gesunden Menschenverstandes schon die richtige Unterscheidung für jeden einzelnen Fall finden. Man wird z. B. niemals den Verbrecher, welcher die Geiseln ermordet oder die öffentlichen Gebäude in Brand gesteckt hat, mit dem Insurgenten verwechseln können, der sein Blut auf den Barrikaden vergossen. Redner will noch immer nicht glauben, daß die Hoffnung, welche ihm das Ergebniß der Wahlen eingeflößt hätte, die Hoffnung auf einen großen Akt des Vergessens und der Versöhnung nur ein schöner Traum gewesen sei. (Beifall links.) Berichterstatter Leblond entwickelt noch einmal, warum ein Gnadenakt der Regierung einem Amnestie-Akt der Kammer vorzuziehen wäre. Die neue Regierung werde Begnadigungen in reichem Maße gewähren. Sie habe dies ausdrücklich durch Hrn. Ricard vor der Kommission zugesichert; diese Zusicherung ist zu Protokoll genommen und vom Siegelbewahrer bestätigt worden. Wenn Hr. Dufaure sich gestern etwas einschränkender ausgelassen, so liege die Schuld an den Rednern, deren Vorträge ganz geeignet gewesen seien, den Geist des Mitleids in den Gemüthern zum Schweigen zu bringen. (Widerspruch links.) Wenn z. B. Hr. Floquet statt Hr. Raspail oder Marcou vor dem Minister gesprochen hätte, so würde seine Antwort vielleicht ganz anders ausgefallen sein. Jedenfalls habe er nichts zurückgenommen und noch heute früh vor der Kommission seine Zusage wiederholt. Ueberdies behalte die Kammer einem verantwortlichen Ministerium gegenüber allezeit ihre Initiative, hinsichtlich der Einstellung der Verfolgungen werde man ebenfalls das Nöthige thun können; einstweilen gelte es aber, alle vorliegenden Amnestieanträge abzulehnen, namentlich auch den des Hrn. Margue, der im Grunde mit den übrigen zusammenfalle. Der Antrag des Hrn. Margue wird mit 367 gegen 99 Stimmen verworfen. Folgt ein Antrag des Hrn. Lisbonne, nach welchem die Amnestie allen politischen Vergehen, jedoch nicht den Mitgliedern der Commune und des Zentralkomité's, sowie den Oberbefehlshabern der Communetruppen zu Theil werden solle. Dieser Antrag wird ebenfalls verworfen. Desgleichen nach kurzer Debatte ein Gegenprojekt des Hrn. Andrieux, nämlich der Antrag auf Amnestie für alle mit den Ereignissen des 4. September zusammenhängenden Verbrechen und Vergehen, sowie für alle seitdem begangenen Preßvergehen und für diejenigen Communevergehen, die bisher noch nicht der Gegenstand einer Verurtheilung gewesen sind.

Hier wird die Debatte über die Amnestie unterbrochen und der (gestern mitgetheilte) Raquet'sche Antrag, betreffend die über den Crédit foncier zu verhängende Enquête gelangt zur Verhandlung. Finanzminister Léon Say bekämpft die Dringlichkeit dieses Antrags, der ihm sogar über die Rechte des Abgeordnetenhauses hinauszugehen scheint. Jeder Kredit wäre in Frankreich unmöglich, wenn das Parlament Enquêten über die Lage der einzelnen Gesellschaften anordnen dürfte. Allerdings steht der Crédit foncier in gewissem Grade unter der Kontrole der Regierung wie andere große Gesellschaften, deren Gouverneure oder Direktoren vom Staate ernannt werden. Die Regierung hat aber darum noch nicht das Recht, sich in die Geschäftsführung einzumischen; sie kann nöthigenfalls neue Direktoren ernennen. Was insbesondere den Crédit foncier betrifft, so kann der Finanzminister, nachdem er von den Operationen dieser Anstalt Kenntniß genommen, versichern, daß die 1400 Mill. Fr. Obligationen, welche der Foncier ausgegeben hat, auf sicheren Pfändern ruhen. Andere von der Gesellschaft unternommene Operationen können vielleicht zu einer Liquidation Anlaß geben, ohne daß jedoch die Lage des Instituts durch dieselbe ernstlich bedroht werden könne. Im Uebrigen sei er (der Minister) sich seiner Rechte und seiner Verantwortlichkeit bewußt und werde von den ersteren eintreffenden Falls den geeigneten Gebrauch zu machen wissen. (Sehr gut!) Die Dringlichkeit für den Antrag des Hrn. Raquet wird abgelehnt.

In der Amnestie-Debatte folgt nunmehr ein Antrag des Hrn. Allain-Targé. Darnach sollen wenigstens alle Individuen vom Unteroffizier abwärts, die nur wegen Theilnahme am Aufstand verurtheilt worden sind, auf freien Fuß gesetzt werden. Ein solches Zugeständniß, meint der Redner, sollte die Kammer im allseitigen Interesse den Demokraten von Paris und den großen Städten machen. Der Antrag käme nur Individuen zu gute, welche einen Akt der Milde verdienten; unberührt läßt er alle Ausländer, alle Führer der Revolution, alle rückfälligen Verbrecher, im Ganzen über 4000 Personen, an denen die Regierung dann noch werde ihre Gnade üben können. Justizminister Dufaure erklärt sich gegen den Antrag, weil eben prinzipiell keine Amnestie bewilligt werden solle. Die Frage der gerichtlichen Verfolgung werde noch ganz unabhängig von der gegenwärtigen behandelt werden können und die Regierung schenke ihr die aufmerksamste Theilnahme. Auf diese Erklärung zieht Hr. Allain-Targé seinen Antrag zurück.

Hr. Gambetta und seine Freunde, die HH. Spuller, Pascal Duprat, Germain Casse, Tirard, Bamberger u. s. w., haben gestern für den Margue'schen Antrag gestimmt.

♁ **Paris**, 20. Mai. Der „Liberté" zufolge soll schon morgen eine Liste von mehr als fünfhundert Begnadigungen im „Journal Officiel" erscheinen. — Wie dasselbe Blatt vernimmt, beabsichtigt der Prinz Napoleon in einem offenen Briefe an einen seiner Freunde das Programm darzulegen, welches er in aller Unabhängigkeit in der Kammern zu vertreten gedenkt.

Der bereits kurz gemeldete Antrag des Abgeordneten Loisant, welcher schon 129 Unterschriften trägt und dem Kriegsminister nicht geringe Sorge macht, lautet wörtlich:

Art. 1. Der erste Absatz des Art. 36 des Gesetzes vom 27. Juli 1872 wird folgendermaßen verändert: Jeder Franzose, der nicht für den Militärdienst untauglich erklärt wird, hat in der aktiven Armee drei Jahre, in der Reserve der aktiven Armee sechs Jahre, in der Landwehr fünf Jahre und in der Landwehr-Reserve sechs Jahre zu dienen. Art. 2. Nach den zwei ersten Jahren des Dienstes in der aktiven Armee können die jungen Leute, welche in einer vor einer Kommission, bestehend aus einem Brigadegeneral, einem Oberstlieutenant, einem Bataillonschef, zwei Hauptleuten und zwei Lieutenants, abgelegten Prüfung darthun, daß sie eine genügende Ausbildung erhalten haben, in die Reserve übertreten. Programm und Bedingungen dieser Prüfung werden durch ein ministerielles Dekret näher bestimmt. Art. 3. Die Art. 53 bis 58 des Gesetzes vom 27. Juli 1872, betreffend den einjährigen Freiwilligendienst, werden abgeschafft.

Der Kriegsminister ist entschlossen, diese Vorlage mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen und aus ihrer Verwerfung eine Kabinetsfrage zu machen.

♁ **Paris**, 21. Mai. Die „République" hat, wie sie sagt, in den Brief eines österreichischen Staatsmannes Einblick nehmen können, der über die orientalischen Angelegenheiten wohl unterrichtet ist. Nach diesem Gewährsmann wäre der Aufstand in Bulgarien bedeutender als man in Konstantinopel zugeben will. Thracien und das bulgarische Donauland stünden unter Waffen; die Insurgenten werden gut organisirt, von gebildeten Offizieren aus verschiedenen slavischen Ländern befehligt und mit russischen und serbischen Waffen versehen. Die meisten Straßen und Telegraphen wären abgeschnitten. Das Verbrechen von Salonichi hätte auf der ganzen Balcan-Halbinsel eine außerordentliche Sensation gemacht und es seien leider in verschiedenen Gegenden neue Blutthaten zu befürchten.

Der „Liberté" zufolge hat sich im Abgeordnetenhause unter dem Namen: Konstitutionelle Gruppe eine neue Fraktion gebildet, welche man richtiger die Partei der verschämten oder reumüthigen Bonapartisten nennen könnte. An ihrer Spitze steht Hr. Gusmar Serph und zu ihren Mitgliedern zählen die HH. v. Fourtou, Anisson-Duperon, Eugen Rendu u. A. Die Gruppe soll nach dem eigenen Geständniß der „Liberté" ein Zufluchtsort für alle ehemaligen Bonapartisten und Legitimisten sein, welche sich entschlossen haben, die neue Ordnung der Dinge offen und ehrlich anzuerkennen.

Die Abtheilungen des Abgeordnetenhauses hatten heute den Ausschuß für den Antrag auf Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung des Hrn. Rouvier zu wählen. Die Mehrheit des Ausschusses soll geneigt sein, zuerst selber eine Enquête einzuleiten.

Unter der Ueberschrift: „Aus dem Lande der Kutten" (Lettres du pays des soutanes) hatte der „Bien public" neulich einen aus Pontivy, dem Wahlkreise des Grafen Mun in der Bretagne, datirten Brief veröffentlicht, der mit der Geistlichkeit dieser Gegend allerdings nicht sehr sänftiglich umging. Im „Univers" erscheint nun heute ein Schreiben des Bischofs von Vannes an den Justiz- und Kultusminister Hrn. Dufaure, welches gegen das liberale Blatt offen den Arm des Gesetzes anruft. Da die Regierung nicht aus eigenem Antriebe gegen den „Bien public" eingeschritten ist, wird sie sich wohl kaum durch die Denunziation eines Bischofs bestimmen lassen, einen Preßprozeß einzuleiten. Man darf jedenfalls auf die Antwort des Siegelbewahrers begierig sein.

Großbritannien.

* **London**, 19. Mai. Prinzessin Charlotte ist gestern von St. Leonards-on-Sea in die Hauptstadt gekommen, um dem Prinzen und der Prinzessin von Wales einen Besuch abzustatten. Damit hat der zehnmonatliche Aufenthalt der deutschen Prinzessin in dem reizend gelegenen klimatischen Kurorte an der Südküste Englands sein Ende erreicht und Prinzessin Charlotte wird morgen von hier abreisen und über Dover, Ostende und Köln nach Berlin zurückkehren.

Der Exkönig und die Exkönigin von Hannover statteten gestern in Begleitung des Prinzen und der beiden Prinzessinnen der Königin einen Besuch in Windsor ab und empfingen nach ihrer Rückkehr einen Besuch vom Prinzen von Wales. — Im Laufe des vorgestrigen und gestrigen Tages sprachen viele Mitglieder des diplomatischen Corps und der Regierung und eine Anzahl hervorragender Persönlichkeiten aus den höchsten Gesellschaftskreisen in Claridge's Hotel vor, wo die Königsfamilie von Hannover Wohnung genommen hat.

Der Premierminister nahm gestern seinen Platz im Parlamente nicht ein. Wie die „Morning Post" erfährt, hat er sich eine heftige Erkältung zugezogen.

Die Wahlaufregung in Cork fängt an bedenklich zu werden. In den Abendstunden, wo nach Beendigung der Tagesgeschäfte der freie Irländer zur politischen Thätigkeit Muße hat, durchziehen die Anhänger der verschiedenen Kandidaten prozessionsweise die Straßen der Stadt, nicht ohne den nationalen Knüppel, den noch keine Friedensbewahrungs-Akte verkümmert hat. Gestern kam eine solche Prozession, bestehend aus Anhängern der liberalen Kandidaten, zum Zusammenstoß mit einer gegnerischen Abtheilung und es wurden Stöcke geschwungen und Steine geschleudert. Auch in den Klubräumen, wo der Shillelagh keinen Eingang findet, ging es lärmend und bedrohlich zu.

800 Bedienstete der Midland Bahn, sämmtliche Güterschaffner, haben in Folge von Maßregeln der Bahnverwaltung, die einer Lohnverkürzung gleichkommen, den Dienst gekündigt.

* **London**, 20. Mai. Prinzessin Charlotte von Preußen ist heute von hier nach Deutschland abgereist. Graf Münster begleitete die Prinzessin bis zum Bahnhof Charing Croß. — Die Königin ist gestern in Begleitung der Prinzessin Beatrice von Windsor nach Balmoral abgereist. — Der Prinz und die Prinzessin von Wales und alle in London anwesenden Mitglieder der Königlichen Familie wohnten gestern den Festlichkeiten an, die in der Guildhall zur Feier der glücklichen Heimkehr des Thronfolgers aus Indien veranstaltet wurden.

Die Verhandlung über die Kompetenzfrage in Sachen der „Franconia" wurde gestern und heute vor dem Court for Crown Cases Reserved waster geführt und zum Abschluß gebracht, das Urtheil wird jedoch erst später erfolgen. — Es handelt sich bekanntlich darum, ob der Kapitän der „Franconia" vor einem englischen Gerichtshof zur Untersuchung gezogen werden konnte oder nicht.

Lord Stratford de Redcliffe, dessen Zuschrift an die „Times" von uns erwähnt worden ist, mußte in Folge derselben den Vorwurf hören, und auch die „Times" machte ihm denselben, daß er seine Anschauungen bezüglich der Türkei geändert habe und aus einem Vertheidiger der Unabhängigkeit der Türkei deren Feind geworden sei. Gegen diesen Vorwurf verwahrt er sich in einem zweiten kurzen Schreiben an die „Times", indem er sagt: „Entschuldigen Sie mich, wenn ich Ihnen andeute, daß Sie so zwei Fälle in Gegensatz bringen, die nicht wesentlich verschieden sind. Der Zweck des Krimkrieges war, die Türkei von dem übermächtigen Einfluß einer einzigen Macht zu retten, der in dem Falle europäischen Interessen nachtheilig war. Ich verfolge den Zweck, dieses gemeinsame Interesse, den Frieden Europa's zu wahren, durch Rettung der Türkei von den verderblichen Folgen der eigenen Mißregierung und Verschwendung. Der Unterschied, der hierin liegen mag, liegt nur in den Mitteln, nicht im Zwecke, der in beiden Fällen für Europa und auch für die Türkei vortheilhaft ist, soweit die gegenwärtige Schwäche der letzteren es gestattet."

* **London**, 20 Mai. Hauptstoff des Tagesgespräches in politischen Kreisen, in der City und in der Presse bildet, wie begreiflich auch heute der Ausgang der Berliner Konferenzen und die Ablehnung Englands, sich den Vorschlägen der drei Konferenzmächte anzuschließen. Die Wochenpresse, deren Artikel meist schon gestern druckfertig waren, spricht sich annoch über die Ablehnung Lord Derby's nicht eingehend aus und behält sich dieses Thema für die nächste Woche vor. Was das Ergebniß der Konferenzen selber betrifft, spricht sie allerdings mit Befriedigung von dem festen Zusammenhalten des Dreikaiser-Bündnisses als einer erfreulichen Bürgschaft für die Erhaltung des europäischen Friedens, verbirgt aber anderseits ihre Zweifel nicht, ob die Berliner Beschlüsse eine befriedigende Lösung der türkischen Wirren herbeiführen, ob sie diese nicht vielmehr steigern würden, woferne die Pforte die ihr gestellten Bedingungen als unerfüllbar zurückweisen sollte.

Zur Tagespresse übergehend, muß vor Allem zweierlei konstatirt werden: a) daß in ihr auch nicht der Schatten eines Verdachtes gegen die ehrliche Vermittelungspolitik des deutschen Reichskanzlers, wohl aber Zweifel in die annoch geheimen Absichten Rußlands ausgesprochen wird, b) daß sie sich im Großen und Ganzen mit der selbstgewählten Isolirung Lord Derby's einverstanden erklärt. Die größte Zurückhaltung über diesen Punkt beobachtet annoch die „Times". Sie bespricht die Ablehnung Englands noch nicht als feststehende Thatsache, erklärt es aber begreiflich und geboten, daß England eine reservirte Haltung einnehme bis für es die Zeit gekommen sein werde, ein Wort bei der Entscheidung über die Zukunft der Türkei mitzusprechen. Die Berliner Vorschläge selber erscheinen dem leitenden Blatte ungleich härteren Inhalts der Türkei gegenüber zu sein als die Andrassy'sche Note, in so ferne als durch sie der Türkei die Möglichkeit genommen werde, den Aufstand zu unterdrücken und ihr überdies eine Bevormundung von auswärts aufgezwungen werde. Statt sich solchen Zumuthungen rasch beizugesellen, thäte England besser, zeitweilige Zurückhaltung zu beobachten, womit eben so wenig gemeint sein solle, daß es die Pforte zum Widerstand ermuthige, oder daß es seine eigene Stellung in der orientalischen Frage aufgeben wolle.

„Daily News" rechtfertigt die Ablehnung Lord Derby's damit, daß England sich unmöglich die Hände binden könne für zukünftige Eventualitäten, daß es, um mit den Worten des genannten Blattes zu sprechen, einen Wechsel in Blanco

nimmer acceptiren dürfe, so respektabel auch dessen Aussteller sein mögen. Vorerst, so meint „Daily News", scheine nur Gortschakoff bestimmt zu wissen, was für den Fall geschehen solle, wenn nach Ablauf des Waffenstillstandes die Dinge eben so kraus wie heute sein sollten, und deßhalb dürfe England keinen Sprung in's Ungewisse thun, dürfe billiger Weise sich keiner Politik zugesellen, deren Endzwecke noch in Dunkel gehüllt seien. Genau in demselben Sinne, aber stärker noch, äußert sich der „Daily Telegraph".

Nordamerika.

* **New-York**, 18. Mai. Die demokratische Konvention von Ohio hat sich mit großer Majorität für Alles als Präsidentschaftskandidaten erklärt, der für Beibehaltung des Papiergeldes ist und die Kandidatur Thurmans, des Hartgeld-Kandidaten, verworfen.

Die Generale Crook, Terry und Gibbon sind mit 3500 Mann gegen die feindlichen Sioux-Indianer in Dakota ausgezogen.

Wie aus New-York gemeldet wird, hat der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten im amerikanischen Repräsentantenhause beschlossen, einen Tadel gegen General Schenk, wegen seiner Beziehungen zum Emma-Mine-Geschäfte auszusprechen, da diese Beziehungen ungeeignet und nicht vereinbar mit seiner Stellung als amerikanischer General gewesen seien. Von absichtlichen Vergehen spricht ihn der Ausschuß frei. Die demokratischen Mitglieder des Ausschusses wünschen auch gegen den Präsidenten einen Tadel auszusprechen, weil er General Grant nicht von seinem Posten in London abberufen habe.

Badischer Landtag.

* **Karlsruhe**, 21. Mai. 46. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitze des Präsidenten Lamey.

Auf der Regierungsbank: Ministerialpräsident Turban und Geh. Rath Muth.

Folgende Petitionen sind neu eingekommen:

1) Eingelaufen bei dem Sekretariat: Bitte der Gemeinden Pfohren, Bachheim, auch Döggingen, die Erbauung der Wutachthal-Bahn betr.

2) Uebergeben von dem Abg. Lamey: Bitte der Gemeinden Biesingen, Hochemmingen, Unterbaldingen und Mistelbrunn, die Erbauung der Wutachthal-Bahn betr.

3) Uebergeben von dem Abg. Bürklin (Heidelberg): Bitte der Gemeinde Feudenheim, den Bau einer Eisenbahn von Mannheim nach Frankfurt, die sog. Riedbahn, betr.

4) Uebergeben von dem Abg. Bürklin (Karlsruhe): Bitte der Gemeinden Aasen, Blumberg, Kadelburg, Mundelfingen, Oberbaldingen, Stühlingen, Unadingen, Waldshut, die Erbauung der Wutachthal-Bahn betr.

Der Vorsitzende macht dem Hause die schmerzliche Mittheilung, daß der Abg. Thoma, welcher erst mit diesem Landtage in die Kammer eingetreten, bis vor kurzer Zeit sich mit unermüdlichem Eifer den Geschäften widmete, durch den Tod abberufen wurde. Zum Ausdruck der Theilnahme und zum ehrenden Andenken an den Verstorbenen erhoben sich die Mitglieder von ihren Sitzen.

Nach einer geschäftlichen Mittheilung des Vorsitzenden geht das Haus zur Berathung des vom Abg. Lamey erstatteten Kommissionsberichts über den Fortgang des Eisenbahn-Baues und die hierauf in den Jahren 1874 und 1875 verwendeten Mittel und über den Entwurf des Eisenbahnbau-Budgets für die Periode 1876 und 1877 über.

Die Prüfung der summarischen Nachweisung des aus den Mitteln der Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse bestrittenen Aufwandes für den Bau und das Betriebsmaterial der Großh. Staats-Eisenbahnen, sowie für die Bodensee-Dampfschifffahrt in den Jahren 1874 und 1875 verwendeten Mittel gibt zu keinen Bemerkungen Anlaß und wird folgender Antrag der Kommission angenommen:

die Nachweisungen für die Periode 1874/75, und zwar:

Tit. I. Bau neuer Bahnen. Die Ausgaben mit 13,158,532 Mark 41 Pf., die Einnahmen mit 406,464 M. 29 Pf., den reinen Aufwand mit 12,752,068 M. 12 Pf.,

Tit. II. Erweiterung der bestehenden Bahnen. Die Ausgaben mit 8,402,910 M. 38 Pf., zusammen mit 21,154,978 M. 50 Pf.

für gerechtfertigt zu erklären, vorbehaltlich der Vergleichung der Verwendungen des Jahres 1875 mit der von Großh. Oberrechnungskammer geprüften, dem nächsten Landtage vorzulegenden Haupt-Staatsrechnung.

Ueber das Budget des Eisenbahn-Baues für 1876 und 1877 erhebt sich eine allgemeine Debatte, an welcher sich die Abg. Schneider, Gerwig, v. Buß, v. Feder, Kiefer, Fauler, Friderich, Heilig und der Berichterstatter, sowie von der Regierungsbank Minister Turban und Geh. Rath Muth betheiligen und wobei u. A. von einzelnen Rednern die Frage der Erwerbung der Eisenbahnen durch das Reich in die Diskussion gezogen wird.

Bei Berathung der einzelnen Positionen werden in heutiger Sitzung erledigt von Tit. I, Bau neuer Bahnen, die §§ 1—15.

Bemerkungen knüpfen sich nur an § 3, Anlage eines definitiven Personen-Bahnhofs in Mannheim, § 14, Eisenbahn von Krauchenwies nach Sigmaringen und an § 15, Wutachthal-Bahn. Bei letzterer Position erhebt sich eine längere Debatte über die Herstellung der Strecke Stühlingen-Donaueschingen. Die Kommission hatte hiezu folgenden Antrag gestellt:

„a. Die Großh. Regierung wolle mit dem Bau der Strecke Weizen-Donaueschingen so lange zurückhalten, bis den Ständen ein detaillirter Kostenvoranschlag vorgelegt und von denselben genehmigt sein wird.

b. Die Kammer möge, statt der im Budget für die genannte Strecke angeforderten 2,400,000 Mark nur 1,200,000 Mark genehmigen."

Dagegen beantragen die Abgg. Bürklin I. u. Gen., die Regierungsposition wieder herzustellen.

Für letzteren Antrag sprechen die Abg. Bürklin II., Bürklin I., Förderer, Gerwig, Dietsche, sowie Ministerialpräsident Turban, während die Abgg. Pflüger und Fauler den Kommissionsantrag befürworten.

Schließlich bringt Abg. Friderich Namens der Mehrheit der Budgetkommission folgenden weiteren Antrag ein:

„zu bewilligen die Summe von 1,500,000 M.,

a. zum Ausbau der Linie Weizen-Stühlingen,

b. zum Bau der Linie Donaueschingen-Hüfingen,

unter der ausdrücklichen Bedingung, daß mit dem Bau der Linie Hüfingen-Weizen in der laufenden Budgetperiode noch nicht begonnen werde."

Nachdem Abg. Friderich diesen Antrag begründet und Regierungskommissär Geh. Rath Muth die Stellung der Regierung hierüber dargelegt, erlangt bei der Abstimmung der Antrag Friderich nach Ablehnung des von dem Abg. Bürklin gestellten Antrags die Majorität des Hauses. Hierdurch fällt auch der ursprüngliche Kommissionsantrag. (Näherer Bericht folgt.)

Karlsruhe, 22. Mai. 47. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Dienstag, 23. Mai, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Fortsetzung der Berathung des Berichts über das Eisenbahnbau-Budget für 1876/77. Berichterstatter Abg. Lang. 3) Berathung des Berichts der Budgetkommission, die Statuten des Zivildiener-Wittwenfiskus betr. Berichterstatter Abg. Lamey. 4) Berathung des Berichts der Budgetkommission über den Gesetzentwurf die Erhöhung der Wittwen- und Waisengehalte in der 1. Klasse der Militär-Wittwenkasse betr. Berichterstatter Abg. Friderich. 4) Berathung des von der Petitionskommission erstatteten Berichts über die Bitte des landwirthschaftlichen Bezirksvereins Radolfzell um Tieferlegung der Hochwasser des Rheins und Untersee's betreffend. Berichterstatter Abg. Schmidt.

Badische Chronik.

† Karlsruhe, 21. Mai. Freitag den 19. d. M. fand in Durlach eine in etwa 60 Vertretern der liberalen Protestantenpartei aus den verschiedenen Diözesen des Landes bestehende Versammlung statt, um sich über die Wahlen zur Generalsynode zu verständigen. Wie zu erwarten war, konnte aus den meisten Diözesen schon mit ziemlicher Sicherheit das voraussichtliche Resultat mitgetheilt werden. Im Allgemeinen dürften aus mindestens zwei Drittheilen der Wahlbezirke die Abgeordneten der letzten Generalsynode erscheinen und das weitere Drittheil, was die kirchliche Richtung betrifft, der früheren Vertretung ebenfalls entsprechen. Leider wird die Synode diesmal manchen jener hervorragenden Theologen, die auf den beiden Synoden von 1867 und 1871 noch mitwirkten, wie Rothe, Holtzmann, Otto Schellenberg, Hitzig, Dr. Zittel und Andere schmerzlich vermissen. Die bereits vollzogenen Wahlen sind auf die drei Geistlichen: Dekan Zittel von Karlsruhe, Dekan Zandt von Rheinbischofsheim und Dekanats-Stellvertreter Sevin von Eichstetten gefallen. Die Herren Bluntschli und Lamey erklärten es zuerst für unthunlich, im Juli an einer Synode theilnehmen zu können, doch wurden sie von der Versammlung wieder zur Annahme ihrer Wiederwahl bestimmt. Allgemein aber sprach sich der Wunsch nach Verschiebung der Synode auf den Spätsommer aus, zumal der Anfangstermin der durch das Dotationsgesetz eintretenden Zulagen nicht von dem Zeitpunkt der betreffenden Synodalbeschlüsse abhängen wird. Von eigentlichen Wahlkämpfen wird kaum irgendwo die Rede sein, und nur bei einigen geistlichen Wahlen wird es sich um die Ungewißheit einer oder zweier Stimmen oder um die Entscheidung des Looses handeln. Unter den Weltlichen hofft man einige kirchlich gesinnte, als Kirchenälteste thätige, hochangesehene Männer, welche bisher der Synode noch nicht angehörten, zu gewinnen. Die auf dieser Konferenz zur Mittheilung gebrachten Namen der von den 29 Bezirken in Aussicht genommenen Abgeordneten verbürgen der Synode eine dem bisherigen Gang unserer kirchlichen Entwicklung und den Vorlagen des evang. Oberkirchenraths aufrichtig zugeneigte, allen Extremen abholde Majorität. Oberkirchenrath Schellenberg wohnte den Verhandlungen nicht an, sondern erschien erst nach Schluß derselben, was wir anderen Berichten gegenüber ausdrücklich bemerken.

* Emmendingen, 17. Mai. In die bevorstehende Generalsynode wurde heute zum geistlichen Abgeordneten der Diözese Emmendingen einstimmig, bzhw. mit 14 gegen die eigene Stimme (eine weitere für denselben Kandidaten abgegebene Stimme war wegen eines Formfehlers ungiltig) Pfarrer Sevin von Eichstetten erwählt. Ersatzmann: Pfarrer Dubbers in Nimburg.

Vermischte Nachrichten.

* Ueber den in neuerer Zeit viel genannten Agenten der Aufständischen in Bosnien und der Herzegowina, Wesselitzki, schreibt die „Neue Freie Presse" Folgendes: „Sein Vater, welcher Bozidarow hieß, und sein Großvater waren Wojwoden der Herzegowina, ungefähr von derselben gesellschaftlichen Stellung, wie die heutigen Insurgentenführer. Bis vor acht Jahren war es als Hauptmann dem Generalstab in St. Petersburg zugetheilt; seit acht Jahren lebt er aber in Paris und war dort in nichtoffizieller Eigenschaft der russischen Botschaft zugetheilt. Dort hat er auch seinen Haushalt. Er ist nämlich mit der als Schriftstellerin und Sängerin bekannten Fürstin Jermolajew verheirathet und ist Vater zweier Kinder. Seinen Namen Wesselitzki trägt er nach seinem Stiefvater. Seine Mutter heirathete nach dem Tode Bozidarow's einen reichen Gutsbesitzer in der Krim, Wesselitzki, der noch dort lebt. Daher auch die Wohlhabenheit des jungen Gabriel Wesselitzki, dessen korrekter Name also eigentlich Bozidarow-Wesselitzki wäre. Seit Ausbruch der Insurrektion hat er Urlaub erhalten und befindet sich auf dem Schauplatz derselben. Als Vertreter der Insurgentenforderungen ist er nach Berlin gegangen und begibt sich auch wieder nach der Herzegowina, um den Insurgenten die Willensmeinung der Mächte mitzutheilen. Die Insurgenten konnten kaum einen besseren, gewandteren Agenten für ihre Bestrebungen finden.

— Bukarest, 20. Mai. Ein furchtbarer Schneesturm hat hier großen Schaden angerichtet. Das Thermometer sank auf Null, nachdem es kurz zuvor noch 25 Grad Wärme gezeigt hatte.

* Unter den Merkwürdigkeiten in der Bibliothek des britischen Museums ist nun auch ein Exemplar der Ablaßbulle Papst Leo's X. zu sehen, deren Verkauf durch Tetzel und Bernardinus Samson den Anstoß zur Reformation gab. Das Dokument, das im Jahre 1517 unter den Auspizien des Erzbischofs Albert von Magdeburg veröffentlicht wurde, ist auf ein einfaches Pergamentblatt gedruckt, wurde letzten Oktober für das Museum angekauft und ist nun neben dem gedruckten Originalexemplar der 95 Thesen Luthers in der Bibliothek ausgestellt. (Athenäum.)

Nachschrift.

† **Berlin**, 21. Mai. Das Kammergericht sprach den ehemaligen Fürstbischof Dr. Förster wegen Exkommunikation des Probstes Kick in Kähme frei.

† **Darmstadt**, 21. Mai. Die Vorberathung der Budgets sind in den Finanzausschüssen der beiden Kammern erledigt. Der Zusammentritt der Zweiten Kammer ist auf den 7. Juni festgesetzt.

† **Paris**, 22. Mai. Bei den heutigen Nachwahlen zur Deputirtenkammer wurden ein Monarchist, vier Bonapartisten und sechs Republikaner gewählt. Außerdem sind noch zwei Stichwahlen erforderlich. Die gewählten Republikaner ersetzen sechs Monarchisten, deren Wahl kassirt worden.

† **Madrid**, 21. Mai. Alle Gerüchte von einer neuen Anleihe werden in offizieller Weise als durchaus unbegründet bezeichnet.

† **Philadelphia**, 21. Mai. Die Ausstellungskommissäre ernannten 250 Preisrichter, wovon die Hälfte Ausländer. Die Berichte der Preisrichter sollen so zeitig erstattet werden, daß die Prämiirung vor dem 31. Juli stattfinden kann.

Frankfurter Kurszettel.

(Die fettgedruckten Kurse sind vom 22. Mai, die übrigen vom 20. Mai.)

Staatspapiere.

Preußen 4½% Obligationen	—	Luxemburg 4% Obl. i. Fr. à 28 fr.	95½
Baden 5% Obligationen	104¾	„ 4% „ i. Thl. à 105 fr.	94
„ 4½% „	102¼	Rußland 5% Oblig. v. 1870 £ à 12.	102¾
„ 4% „	94	„ 5% do. von 1871	—
„ 3½% Oblig. v. 1842	94	„ do. von 1872	—
Bayern 4½% Obligationen	—	Schweden 4½% do. i. Thlr.	97½
„ 4% „	93⅛	Schweiz 4½% Bern Stsobl.	98½
Württemberg 5% Obligat.	104½	N.-Amerika 6% Bonds 1882 r von 1862	—
„ 4½% „	101⅛	„ 6% dto. 1885 r von 1865	101⅜
„ 4% „	94½	„ 5% dto. 1905 r (10/40 r v. 1864)	102¼
Nassau 4% Obligationen	97	3% Spanische	12⅜
Gr. Hessen 4% Obligation.	—	Volle französ. Rente	107
Oesterr. 5% Silberrente Zins 4½%	58¼		
„ 5% Papierrente Zins 4½%	55½		

Aktien und Prioritäten.

Reichsbank	154⅜	5% Mähr. Grenzb.-Pr. i. S.	61¾
Badische Bank	102	5% Böhm. Westb. Pr. i. Süb.	75 1/12
Deutsche Vereinsbank	68	5% Elisab. B.-Pr. i. S. 1. Em.	—
Provinzialdiskonto	—	5% dto. „ 2. Em.	72½
Darmstädter Bank	103½	5% dto. steuerfr. neue „	—
Oesterr. Nationalbank	698	5% do. (Neumarkt-Ried)	—
Württemberg. Vereinsbank	108¾	5% Donau-Drau	49⅞
Oesterr. Kredit-Aktien	113¼	5% Frz.-Jos.-Prior.	76⅞
Mitteldeutsche Kreditbank	—	5% Kronp. Rud.-Pr. v. 67/68	67½
Rheinische Kreditbank	91	5% Kronpr. Rud.-Pr. v. 1869	65¾
Basler Bankverein	85⅜	5% östr. Nordwestb.-L. S.	71¾
Brüsseler Bank	—	5% „ „ Lit. B.	59¼
Berliner Bankverein	81⅝	Vorarlberger	61½
Stuttgarter Bank	—	5% Ungar. Ostb.-Prior. i. S.	50¼
Deutsche Effektenbank	102	5% Ungar. Nordostb. Prior.	—
Oesterr. deutsche Bank	90⅜	5% Ungar. Galiz.	53⅜
4½% bayr. Ostb. à 200 fl.	—	Ungar. Eis.-Anl.	—
4½% pfälz. Maxbahn 500 fl.	115½	5% östr. Süd-Lomb. Pr. i. Fr.	74
4% Hessische Ludwigsbahn	99⅛	3% östr. Süd-Lomb.-Pr.	45⅛
3½% Oberhess. Eisnb. 350 fl.	72⅞	5% österr. Staatsb.-Pr.	86⅜
5% österr. Frz. Staatsbahn	223	3% österr. Staatsb.-Pr.	63⅝
5% „ Süd-Lombarden	63⅛	3% Livorn. Pr., Lit. C, D & D.	40¾
5% „ Nordwestb.-A.	107¾	5% Rheinische Hypothekenbank-Pfandbriefe	101½
5% Elisab.-Eisnb. à 200 fl.	121	4½% „	96¾
5% Rud.-Eisnb. 2. Em. 200 fl.	90	6% Pacific Central	92
5% Böhm. Westb.-A. 200 fl.	151	6% South Missouri	51⅜
5% Franz Josef-Eisenbahn	110¼		
Galizier	162¾		

Anlehensloose und Prämienanleihen.

Cöln-Mindener 100-Thaler-Loose	—.—	Oestr. 4% 250 fl. Loose v. 1854	96
Bayr. 4% Prämien-Anl.	121⅞	„ 5% 500 fl.- „ v. 1860	98¼
Badische 4% dto.	118¾	„ 100-fl.-Loose v. 1864	273.—
„ 35-fl.-Loose	—.—	Ungar. Staatsloose 100 fl.	143.—
Braunschw. 20-Thlr.-Loose	83.—	Raab-Grazer 100 Thlr. Loose	70¼
Großh. Hessische 50-fl.-Loose	—.—	Schwedische 10-Thlr.-Loose	48.80
„ „ 25-fl.- „	152.—	Finnländer 10-Thlr.-Loose	38.80
Ansbach-Gunzenhaus. Loose	24.40	Meininger 7-fl.-Loose	20.15
		3% Oldenburger 40-Thlr.-L.	112⅞

Wechselkurse, Gold und Silber.

London 10 Pfd. St. 2%	204.30	Holländ. 10-fl.-St. Mk.	16.65
Paris 200 Frcs. 4%	81.—	Ducaten . . . „	9.50—55
Wien 100 fl. östr. W. 4½%	169.40	20-Francs-St. . . „	16.17—21
Disconto . . l. S. 3½%		Engl. Sovereigns „	20.34—39
Preuß. Friedrichsd'or Mk.	—	Russische Imperial „	16.63—68
Pistolen . . . . . „	16.—	Dollars in Gold „	4.16—19
		Dollarcoupon „	—

Tendenz: fest.

Berliner Börse. 22. Mai. Kreditaktien 224.—, Staatsbahn 437.50, Lombarden 221.50, Disc. Commandit 110.50, Reichsbank 153.50. Tendenz: fest.

Wiener Börse. 22. Mai. Kreditaktien 132.—, Lombarden 72.50, Staatsbahn —.—, Anglobank 64.—, Unionbank 61.—, Napoleonsd'or 9.55. Tendenz: unentschieden.

Weitere Handelsnachrichten in der Beilage Seite II.

Verantwortlicher Redakteur:
Heinrich Goll in Karlsruhe.

Großherzogl. Hoftheater.

Dienstag, 23. Mai. 12. Vorstellung außer Abonnement. Gastdarstellung des Frls. Marianne Brandt vom königl. Hoftheater in Berlin. Der Troubadour, Oper in 4 Akten, von Verdi. „Azucena" — Frl. M. Brandt. Anfang ½7 Uhr.

Todesanzeige.

B.829. Todtnau. Freunden und Bekannten geben wir hiermit die schmerzliche Kunde, daß unser geliebter Sohn, Gatte, Vater, Bruder, Schwiegersohn und Schwager

Fabrikant **Berthold Thoma** von Todtnau,

Abgeordneter der h. II. Kammer, nach kurzem Krankenlager an den Folgen eines Lungenleidens vergangene Nacht in Freiburg uns durch den Tod entrissen worden ist.

Um stille Theilnahme bitten,
Todtnau, den 19. Mai 1876,
Die Hinterbliebenen.

Todesanzeige

B.840. Bruchsal. Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß es dem Allmächtigen gefallen hat, unsern geliebten Gatten, Vater, Bruder u. Schwager

B. Winterhalter,
Hauptlehrer,

nach nur viertägiger, aber schwerer Krankheit im 56. Jahre seines Lebens, heute Nacht in ein besseres Jenseits abzurufen.

Um stille Theilnahme bittend, empfehlen wir den theuern Dahingeschiedenen einem freundlichen Andenken.

Bruchsal, den 21. Mai 1876.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Für Touristen.

B.492.4. In allen Buchhandlungen ist zu haben:

Touristenkarte des unteren badischen und württembergischen Schwarzwaldes.

Maßstab 1 : 100,000. Preis 2 M., in Etui auf Leinen 3 M.

Die Karte umfaßt die Gegend von Bruchsal bis Achern und zu den Renchbädern einerseits, und Lauterburg bis Pforzheim und Wildbad-Calw anderseits. Durch ihren Maßstab von 1 : 100,000, genau nach den Karten des Großh. Topograph. Bureaus angefertigt, empfiehlt sie sich hauptsächlich zum Gebrauch bei Touren in den unteren Schwarzwald.

Karlsruhe.
G. Braun'sche Hofbuchhandlung.

B.429. (Um im Whist, Boston und Scat Meister zu werden)

Der Whist- Boston- u. Scat-Spieler

wie er sein soll, nebst gründlicher Anweisung zum L'Hombrespiel. Oder das Whist-, Boston-, Scat- und L'Hombrespiel nach den besten Regeln und allgemein geltenden Gesetzen spielen zu lernen. Nebst 27 belustigenden Kartenkunststücken. — Neunte Aufl. Preis 1 Mark 50 Pf.

Vorräthig in der ***G. Braun***'schen Hofbuchhandlung und ***A. Bielefeld's*** Hofbuchhandlung in ***Karlsruhe.***

B.846.1. Bruchsal.

Anzeige.

Der Unterzeichnete beehrt sich anzuzeigen, daß er seinen Wohnsitz von **Mannheim nach Bruchsal** verlegt hat.

Geschäftszimmer Poststraße Nr. 113 im 2ten Stock.

Bruchsal, im Mai 1876.

Ludwig Stein,
Anwalt.

B.627.3. Emmendingen.

Wichtig für Jäger u. Jagdgesellschaften.

Jagdpatronenhülsen
in allen Calibern,
Lefaucheux und
Centralfeuer
Revolverpatronen
mit Schrot und Kugel, 7 m/m, 9 m/m, 12 m/m,
Flobert-Patronen
mit Schrot und Kugel, 6 m/m, 9 m/m.

Bei außerordentlich billigen Preisen garantire ich für vorzügliche Waare.

Muster und Preise franko und gratis.

Büchsenmacher und Eisenhandlungen bedeutenden Rabatt.

A. Zentmayer,
Emmendingen,
eigene Fabrik.

Neufundländer Hund, 3 J. alt, 78 Cm. groß, gut dressirt, ist zu verkaufen. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes. B.737.4.

B.819.1. Bruchsal.

Gesucht, ein Müller, Scharfmacher, mit guten Zeugnissen, in die Kunstmühle.

B.827.

Gesellschaft für Spinnerei und Weberei in Ettlingen.

Bilanz pro 31. Dezember 1875.

Aktiva.	Mark	Pf.	Passiva.	Mark	Pf.
Immobilien	2390742	84	Aktien-Capital	3147428	58
Casse, Wechsel und Effekten	645571	41	Obligationen-Capital	456187	73
Vorräthe roher Baumwolle, Garne und Tücher	1161361	69	Ergänzungs-Capital incl. 1 Jahr Zinsen à 5 %	540000	—
Materiale und Kohlen	106172	79	Nicht erhobene Obligationen-Zinsen pr. 1867 bis 1875	23125	66
Debitoren	253481	59	Nicht erhobene Aktien-Dividenden pr. 1867—1874	11010	20
Vorschüsse für Neubauten und Erneuerung von Maschinen	210373	42	Gewinn- und Verlust-Conto, Netto-Gewinn	589951	57
	4767703	74		4767703	74

Der Vorsitzende des Aufsichtsraths:
Max von Haber.

Haushälterin-Gesuch

B.821.1. Zur Leitung einer kleineren Haushaltung und Erziehung eines Mädchens wird zum alsbaldigen Eintritt ein gebildetes älteres Frauenzimmer gesucht. Anträge unter Chiff. A. Z. 100. mit Angabe näherer Verhältnisse und Gehaltsansprüche befördert die Expedition d. Bl.

B.804.2. Baden.

Gastwirthschafts-Verkauf.

Das Gasthaus zum „Grünen Baum" in Sandweier (Amts Baden) an der Hauptstraße zwischen Rastatt und Baden gelegen, ist sofort unter sehr günstigen Bedingungen dem Verkaufe ausgesetzt.

Näheres bei Kommissionär Schäfer in Baden.

B.832. Arlen. Einen **Pinscher-Rattenfänger**, blaugrau, seidenhaarig, ächte feinste Race, 8 Mon. alt, ca. 45 Cm. Rückenhöhe, hübsche Figur, sehr wachsam und gut, verkauft billig

Th. Hauff in Arlen bei Singen.

B.824.

Kirchenbauconcurrenz in Lahr.

Auf das Ausschreiben der Stadtgemeinde Lahr zur Erlangung von Bauplänen für eine protestantische Kirche wurden 12 Projekte eingeliefert.

Von diesen gelangten zur engeren Concurrenz die Pläne mit dem Motto: 1) Mausoleum, 2) Ihm zur Ehre, 3) Renaissance, 4) mit dem Zeichen „flammende Sonne", welche als hervorragende, würdige Leistungen von dem aus den Herren Baurath Lang, Professor Durm in Karlsruhe, dem Herrn Architekten L. Lang in Baden, den Herren Bürgermeister Flüge und Stadtrath Sander in Lahr bestehenden Preisgerichte bezeichnet wurden.

Den ersten Preis erhielt der Plan mit dem Motto: „Ihm zur Ehre", der zweite Preis wurde an den Plan „Mausoleum" gegeben.

Als Verfasser für die preisgekrönten Entwürfe ergeben sich die Herren Ludwig Diemer, Bauinspektor in Karlsruhe, und die Herren Architekten Knoderer und Haunz in Baden, und wurde Ersterem der erste Preis, den letztgenannten Herren der zweite Preis zuerkannt.

Der Entwurf des Herrn Diemer wurde zur Ausführung empfohlen, da derselbe beinahe ohne Abänderung ausgeführt werden und auch um die ausgeworfene Bausumme hergestellt werden kann.

Lahr, den 19. Mai 1876.

Das Preisgericht.

Die zur engeren Concurrenz gezogenen Pläne werden im Rathhause in Lahr öffentlich ausgestellt, die Herren Concurrenten, deren Entwürfe nicht prämiirt wurden, werden höflichst ersucht, ihre Projekte bis längstens 1. Juni 1876 abholen zu lassen, da man sonst genöthigt wäre, die Couverts zu öffnen und die genannten Pläne an die Herren Verfasser zu senden.

Lahr, 19. Mai 1876.

Der Gemeinderath.
Flüge.

Hôtel, Milch- und Molkenkur-Anstalt Stooß

B.768.2.

ob Brunnen, Ct. Schwyz,
ist mit 1. Mai eröffnet.

4000' ü. M. — durch seine milde, geschützte Lage, inmitten freundl. Alpenwelt, **vorzügliche Luftkurort!** — Post und Telegraph — Mäßige, bis 1. Juli und von 1. September an, reduzirte Preise. — Auf Verlangen sind zum Hinaufreiten unsere Maulthiere b. Gasthof z. Hirschen in **Brunnen** erhältlich.

H1532Q. **Carl Faßbind,** Besitzer.

Brandentschädigung betr.

B.820. Nachdem die Regulirung meines Brandschadens durch die Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft in befriedigender Weise stattgefunden hat, fühle ich mich verpflichtet, anzuerkennen, daß die Gesellschaft ihrer Verbindlichkeit in eben so gewissenhafter als loyaler Weise nachgekommen ist.

Meinen Collegen sowohl als allen Versicherungsnehmern kann ich daher aus Ueberzeugung genannte Gesellschaft zum Abschluß von Versicherungen auf das beste empfehlen.

Offenburg, im Mai 1876.

Louis Hildebrand.

B.726.2. Kehl.

Gasthof-Verpachtung.

Der **Gasthof zum Adler** in Stadt Kehl ist auf den 1. Juni d. J. zu verpachten. Näheres bei Bürgermeister Benz in Kehl.

B.785.2. Straßburg.

Reichs-Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen.

Die Lieferung und Verlegung von gußeisernen Wasserleitungsrohren und der zugehörigen Façonstücke für die Wasserleitung der neuen Werkstätte Mülhausen im ungefähren Kosten-Vorschlage von 19000 Mark soll im Wege der öffentlichen Submission verdungen werden.

Lieferungsbedingungen und Zeichnungen werden auf portofreie Gesuche gegen Einsendung der Copialien von 1,50 Mark von den Unterzeichneten abgegeben.

Die Eröffnung der Offerten findet im Geschäftszimmer des Unterzeichneten, Steinstraße Nr. 26, am 1. Juni 1876, **Vormittags 10 Uhr,** statt.

Straßburg, den 15. Mai 1876.

Der Ober-Maschinenmeister
Volkmar.

B.728.3. Nr. 405. Freiburg.

Vergebung von Bauarbeiten
für die
Centralstrafanstalt in Freiburg i. B.

Nachstehend genannte Arbeiten zur Eindeckung des **Centralbaues** und **zweier Zellenflügel** sollen im Submissionswege in Akkord gegeben werden:

		im Betrage von		
1. Zimmerarbeitrn (meistens Dachverschaalung) zusammen	.	7872 M.	41	Pf.
2. Blechnerarbeiten	„ .	4365 „	89	„
3. Blitzableitungen	„ .	1038 „	50	„
4. Schieferdeckerarbeiten	„ .	8020 „	55	„

5. Rohglaslieferung (ohne Eindeckung), 12 mm. dick, zusammen 147,6 □M.

Die Pläne, Akkordbedingungen und Kostenanschläge können von heute an in dem Geschäftszimmer des Unterzeichneten (Röderstraße Nr. 9, 1. Stock) eingesehen werden.

Die Angebote sind für Ziffer 1, 2, 4 nach Prozenten des Voranschlages, für Ziffer 3 und 5 auf Einzelpreise, bis längstens

Samstag den 27. Mai d. J., Nachmittags 3 Uhr,

versiegelt und mit bezeichnender Aufschrift versehen, portofrei anher abzugeben.

Freiburg, den 13. Mai 1876.

Der Großh. Baubeamte:
Hemberger, Bez.-Bauinspektor.

B.518.1. Nr. 1051. Konstanz.

Spitalkellerei Konstanz.

Weinpreisliste laut Taxation vom 5. Mai 1876.

1874r	Meersburger	blauer Sylvaner	das Hektoliter	zu	25	Mark,
1873r	Egelseer	„ „	„	„	30	„
1874/75r	Meersburger	„ „	„	„	35	„
1874r	Hinterhauser		„	„	40	„
1873r	Egelseee Beerwein		„	„	50	„
1875r	Raiteberger „		„	„	60	„
„	„ „		„	„	70	„
„	Meersburger Ruländer		„	„	80	„
1874r	Egelseer Traminer		„	„	90	„
„	Meersburger Ruländer		„	„	100	„

Konstanz, den 18. Mai 1876.

Städtische Spitalverwaltung.
Förster.

Verm. Bekanntmachungen.

B.845. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Zum Kilometerzeiger für die Badischen Bahnen ist der 8. Nachtrag erschienen, welcher die Entfernungen für die Stationen der in Bälde zur Eröffnung kommenden Bahn von Appenweier nach Oppenau, sowie für die an der Fortsetzung der Oberlauchringer-Stühlinger Bahn liegende, demnächst zu eröffnende Station Weizen enthält.

Exemplare des genannten Nachtrages sind bei sämmtlichen diesseitigen Stationen unentgeltlich zu erhalten.

Karlsruhe, den 20. Mai 1876.

Generaldirektion
der Großh. Staatseisenbahnen.
W. Eisenlohr.
Gündert.

B.842. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Im Hanseatisch Rheinisch-Westdeutschen Verkehr treten mit Giltigkeit vom 25. d. M. für den Verkehr diesseitiger Stationen, sowie der Stationen Friedrichshafen und Bregenz mit solchen der Altona-Kieler-Bahn direkte Tarifsätze in Kraft.

Exemplare des die bezüglichen Taxen enthaltenden Tarifnachtrags VIII. zum Hanseatisch-Rheinisch-Westdeutschen Gütertarif — Abtheilung B. II. sind bei den diesseitigen Güterexpeditionen unentgeltlich zu erhalten.

Karlsruhe, den 21. Mai 1876.

Generaldirektion
der Großh Staatseisenbahnen.
W. Eisenlohr.
Ruoff.

B.843. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Für den Transport von Eisenbahnwagen und Eisenbahnrädern bei Verladung auf eigenen Wagen des Versenders oder Empfängers zwischen Ehrenfeld und Singen ist ein Ausnahmetarif in Wirksamkeit getreten.

Karlsruhe, den 21. Mai 1876.

Generaldirektion
der Großh. Staats-Eisenbahnen.
W. Eisenlohr.
Ruoff.

B.825. Nr. 290. Kenzingen.

Eichenrinde- u. Schälholz-Versteigerung.

Aus den Domänenwaldungen „Bechthalerwald" und der Rheininsel Großkopf bei Weisweil werden im Stubenwirthshaus daselbst mit Zahlungsfrist bis 1. November versteigert, am

Freitag den 26. Mai d. J.,
Morgens 9 Uhr,

4 Eichstämme mit 2,13 Festmeter, 34 Ster eichene und gemischte, 7 Ster weiche Prügel, 875 eichene u. gemischte, 500 weiche Wellen, 750 weiche Faschinen und 2 Loos Schlagraum,

Morgens ½11 Uhr:

ca. 5000 Kilogramm gut getrocknete Eichenrinde, meistens Spiegelrinde, in zwei Loosabtheilungen, im Orte Weisweil eingescheuert.

Die Steigerungsliebhaber wollen sich das Holz und die Rinde durch die Waldhüter Brenner und Grüßlin von Weisweil vorher vorzeigen lassen.

Kenzingen, den 20. Mai 1876.

Großh. Bezirksforstei.
Maier.

B. 796. Nr. 7187. Baden. Die Stelle des Rectors an der höheren Töchterschule in Baden, mit einer Besoldung eventuell von 3600 M. und freier Dienstwohnung, ist in Erledigung gekommen.

Bewerber um diese Stelle haben sich binnen 14 Tagen bei Großh. Oberschulrath zu melden.

B.841.1. Rastatt.

Dienstantrag.

Ein geübter und mit guten Zeugnissen versehener Notariatsgehilfe kann bis 1. August d. J. eintreten bei

Notar Faul in Rastatt.

B.831. Fühl'st Du nicht, was es möchte sein?
Mir fehlet nichts, als Du allein!

B.844. Die Zeit zur — nähert sich;
Bleib' treu und — — zürne nicht!

Thalia-Theater in Karlsruhe.

Dienstag den 23. Mai 1876:
Zum zweiten Male:
Stadt und Land,
oder
Der Viehhändler aus Oberösterreich,
Charakterbild mit Gesang in 3 Akten von Friedrich Kaiser.

Tages-Verkauf der Billets bei Herrn W. Gutekunst, Friedrichsplatz 8, von Morgens 9 Uhr bis Abends 5 Uhr.

(Mit einer Beilage.)

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.